

Nachrichten

Budget 2013 durch Bildungsausgaben erhöht

Bern. Die Bundesausgaben für das kommende Jahr sollen um 52,9 Millionen Franken höher ausfallen, als der Bundesrat vorgesehen hat. Das schlägt die Finanzkommission (FK) des Nationalrats vor. Hauptgrund für die Erhöhung sind zusätzliche Ausgaben für Bildung und Forschung. Kürzungen schlägt die Kommission beim Finanzdepartement (EFD) in der Steuerverwaltung sowie beim Personal für das Bundesverwaltungsgericht vor. Bei Ausgaben von 64,9 Milliarden Franken und Einnahmen von 64,5 Milliarden Franken ist ein Defizit von 417 Millionen Franken budgetiert. SDA

EU will Schweiz bilateral in Markt integrieren

Bern. Die zyprische EU-Ratspräsidentschaft strebt eine «ausgewogene Lösung» in den Verhandlungen mit der Schweiz an. Aus ihrer Sicht zielen die bilateralen Abkommen auf eine «verstärkte Integration» der Schweiz in den EU-Binnenmarkt. Den Schweizer Vorschlag einer institutionalisierten Überprüfung der Verträge lehnt sie ab. «Man muss verstehen, dass unsere Abkommen mit der Schweiz keine gewöhnlichen zwischenstaatlichen Verträge sind», sagte der stellvertretende zyprische Europaminister Andreas Mavroyiannis gestern der Zeitung «Le Temps». Zypern hat zurzeit das rotierende Amt der EU-Ratspräsidentschaft inne. SDA

Fall Mörgeli kommt vor Verwaltungsgericht

Zürich. Die Entlassung von Christoph Mörgeli durch die Universität Zürich beschäftigt nun auch das Zürcher Verwaltungsgericht. Mörgelis Anwalt Manfred Küng hat eine Beschwerde eingereicht. Dabei geht es um ein Ausstandsbegehren gegen Uni-Rektor Andreas Fischer, das Bildungsdirektorin Regine Aepli in ihrer Funktion als Präsidentin des Universitätsrates abgelehnt hat. Zu Unrecht, nach Ansicht von Küng. Fischer sei bei der definitiven Entlassung nicht mehr unbefangenen gewesen, da er sich an der Medienkonferenz zuvor bereits festgelegt habe. SDA

Rechte an Marke «Swiss Army» werden untersucht

Bern. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates soll abklären, wer alles das Recht hat, die Marken «Swiss Army», «Swiss Military» und «Swiss Air Force» zu verwenden. Sie soll untersuchen, welche Firmen Armeemarken eintragen liessen, an wen der Bund Rechte abgetreten hat und ob die Geschäfte korrekt abgewickelt wurden. Die Sicherheitspolitische Kommission möchte darüber hinaus den Bundesrat damit beauftragen, die Marken der Schweizer Armee zu schützen und zu verteidigen. SDA

Asylpolitik vor 150 Jahren und heute

Alfred Escher prägte auch die Flüchtlingspolitik der 1848 neu gegründeten Schweiz



Neutralität. Der Mitbegründer der modernen Schweiz, Alfred Escher, trat Mitte des 19. Jahrhunderts für Neutralität und Souveränität der Schweiz ein. Foto Keystone

Von Thomas Lüthi, Zürich

Ein weiterer Band mit dem Briefwechsel von Alfred Escher zeigt erstmals die Ansichten und Aktionen des Mitbegründers der modernen Schweiz in der Flüchtlings- und Aussenpolitik. Als Zürcher Regierungsrat und Nationalrat sei Escher führend daran beteiligt gewesen, die Probleme in der Flüchtlingspolitik zu lösen, schreibt der Historiker Joseph Jung in Band 4 des Briefwechsels, der gestern in Zürich vorgestellt wurde. Jung ist Geschäftsführer der Alfred-Escher-Stiftung, die das Buch in Auftrag gegeben hat.

Tausende von liberalen politischen Flüchtlingen strömten nach den gescheiterten Revolutionen gegen die reaktionären Dynastien und Kabinette in Europa in die Schweiz. Dieser Ansturm stellte das Land vor grosse organisatorische und finanzielle Probleme. Vor allem aber musste die neue Nation staats- und neutralitätsrechtliche Fragen klären. Denn Deutschland, Frankreich und andere Mächte setzten die Schweiz unter massiven Druck. Sie sollte revolutionäre Umtriebe der Flüchtlinge gegen ihre Heimatländer verhindern.

Asyl auch für führende Rebellen

Die von Escher stark beeinflusste Bundesversammlung beschloss, dass die Schweiz ausserpolitisch strikt neutral bleibe, das Asylrecht jedoch hoch halte. Der Bundesrat wies aktive Revolutionsführer aus, wenn der Druck aus dem Ausland zu gross wurde. Escher war für die Ausschaffung jener Flüchtlinge, die das Asylrecht missbrauchten. Alle anderen sollten bleiben dürfen, schrieb Escher am 22. Juli 1849 an den St. Galler Politiker Arnold Otto Aepli. Das Asylrecht galt für Escher auch dann, wenn es sich um führende Aufständische handelte. Entschieden wehrte sich der damals erst 30-jährige mächtigste Politiker im Land gegen eine Einmi-

schung des Auslandes in die schweizerische Politik. Die Schweiz dürfe nie zulassen, dass ihre Unabhängigkeit und Souveränität gefährdet werde.

Die Aussenpolitik von damals war eine andere als jene von heute. Die Schweiz betreibe eine aktive Neutralitätspolitik, sagte an der Vernissage Eduard Gnesa, Sonderbotschafter des Bundes für internationale Migrationszusammenarbeit. Mit den Dublin- und Schengen-Abkommen habe die Schweiz die gleichen Rechte in der Migrationspolitik wie die EU. Unser Land sei gegenüber Eschers Zeit bei den humanitären Leistungen grosszügiger. Einen weltweiten Spitzenplatz, so Gnesa, nehme die Schweiz punkto aufgenommenen Flüchtlinge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ein. Heute zählt die Schweiz 22 Prozent Ausländer. Damals waren es drei Prozent.

Zur Flüchtlingspolitik sprachen auch der Zürcher alt SP-Regierungsrat Markus Notter sowie Cornelio Sommaruga, der von 1987 bis 1999 das Internationale Komitee vom Roten Kreuz präsidierte. Die Bevölkerung habe sich damals stark mit den Flüchtlingen identifiziert, meinte Notter. Im Vernissage-Publikum sass auch der frühere Bundesrat und Aussenminister Flavio Cotti, der Ehrenpräsident der Credit Suisse Rainer E. Gut sowie zahlreiche andere Honoratioren.

Der Band 4 enthält eine Auswahl von 83 der 454 überlieferten Briefe von November 1848 bis Juli 1852. Bis 2015 sollen noch zwei weitere Bände herausgegeben werden. Die 4500 Briefe von und an Escher werden auch online aufbereitet und laufend aufgeschaltet. www.alfred-escher.ch

Aufbau des jungen Bundesstaates, politische Flüchtlinge und Neutralität: Alfred Eschers Briefwechsel 1848–1852 (Band 4). Herausgegeben von Joseph Jung, bearbeitet und kommentiert von Sandra Wiederkehr. Verlag NZZ, Zürich 2012.

Arbeitsgruppe untersucht Insieme

Das abgebrochene Informatikprojekt kommt unter die Lupe

Bern. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat soll das Debakel um das gestoppte Informatikprojekt Insieme untersuchen. Dies haben die beiden Nationalratskommissionen beschlossen.

Die Finanzkommission (FK) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats sprachen sich beide für eine Arbeitsgruppe und gegen eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) aus, wie die Kommissionspräsidenten gestern sagten. In der FK fiel der Entscheid gegen eine PUK mit 13 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, in der GPK mit 12 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen. Nun müssen noch die FK und die GPK des Ständerats der gemischten Arbeitsgruppe zustimmen. Er gehe davon aus, dass die Ständeratskommissionen einverstanden seien, sagte Ruedi Lustenberger (CVP/LU), der Präsident der nationalrätlichen GPK.

Die Mehrheit der Nationalratskommissionen befand, die Untersuchung könne mit einer Arbeitsgruppe schneller beginnen als mit einer PUK, deren Einsetzung das Parlament beschliessen müsste. Ausserdem hätte eine PUK nur wesentlich mehr Kompetenzen. Die Befürworter einer PUK argumentierten vergeblich, eine solche sei am besten geeignet, um Vorkommnisse von grosser Tragweite zu untersuchen. Schliesslich gehe es um Vertuschung und um Korruption. SDA

Selbstbestimmung für Intersexuelle

Ethikkommission fordert, Kleinkinder nicht mehr umzuoperieren

Bern. Wer mit nicht eindeutigen Geschlechtsmerkmalen zur Welt kommt, soll nicht bereits als Kleinkind zur Frau oder zum Mann operiert werden. Die nationale Ethikkommission Humanmedizin plädiert für ein Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen.

Die Kommission befasste sich im Auftrag des Bundesrats mit diesem lange als Tabu geltenden Thema. Gestern präsentierte sie an einer Medienkonferenz in Bern 14 Empfehlungen zu rechts- und Medizin-ethischen Fragen im Umgang mit «Geschlechtsvarianten». Diesen Begriff zieht die Kommission dem Ausdruck Intersexualität vor. Als Grundsatz empfiehlt die Kommission nun, alle «nicht bagatellhaften» geschlechtsbestimmenden Behandlungs-

entscheide mit unumkehrbaren Folgen erst dann zu treffen, wenn der oder die Betroffene selbst darüber entscheiden kann. Deshalb schlägt sie vor, betroffenen Eltern und Kindern eine persönliche, kompetente und kostenlose Beratung bis ins Erwachsenenalter anzubieten. Die Ethikkommission plädiert ferner dafür, dass Betroffene den Eintrag des Geschlechtes in der Geburts- und anderen Urkunden unbürokratisch ändern können.

Ausschlaggebend für die Beurteilung des Geschlechtes soll die «nachvollziehbare Selbsteinschätzung» sein; die Merkmale des Geschlechtes seien zweitrangig. Abgelehnt wird von der Kommission die Einführung einer dritten Geschlechtskategorie. SDA

ANZENGE

CREDIT SUISSE

Sparen Sie sich Ihre teure variable Hypothek.

Wechseln Sie jetzt zur aktuell günstigen Flex-Rollover-Hypothek zu 1,1% für 3 Monate.*

Lassen Sie sich bei uns beraten. Telefon 0800 802 024.

credit-suisse.com/hypothehen

*Der aufgeführte Zinssatz ist für die 1. Periode von drei Monaten garantiert und ist gültig für Abschlüsse bis zum 31.01.2013. Für Abschlüsse nach diesem Datum errechnet sich der Zinssatz als LIBOR per Abschlusstag zuzüglich 1,05 Prozentpunkte. Dieses Angebot gilt bis zum 30.06.2013 und setzt einen Erstkontakt bis 31.12.2012 voraus. Der Zinssatz ist an den LIBOR-Satz gekoppelt und wird daher periodisch angepasst. Das Angebot ist gültig für Neuabschlüsse und Verlängerungen. Zinssätze gelten für die 1. Hypothek auf selbstbewohntem Wohnneigentum in der Schweiz. Vollständige Bedingungen unter www.credit-suisse.com/hypothehen